

Antrag G14: Zeit für Haltung: Gegen den Genozid in Gaza

Antragsteller*in:

Antikapitalistische Linke, BV Neukölln, BV Berlin Steglitz-Zehlendorf und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Zeit für Haltung: Gegen den Genozid in Gaza**

- 2 1. Die Linke bezeichnet Israels Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung als
- 3 Genozid und ermutigt alle Gliederungen der Partei, sich an Protesten dagegen zu
- 4 beteiligen und dazu aufzurufen.
- 5 2. Die Linke betont, dass die Beendigung der Besatzung und die Durchsetzung
- 6 vollständiger Gleichberechtigung zwischen Israelis und Palästinenser*innen eine
- 7 Voraussetzung für einen nachhaltigen Frieden ist.
- 8 3. Die Linke weist die Gleichsetzung von Antizionismus mit Antisemitismus zurück und
- 9 beruft sich in ihrer politischen Praxis gegen Antisemitismus nicht auf die IHRA-
- 10 Definition, sondern auf die Jerusalem Declaration on Antisemitism.

Begründung

Seit dem 7. Oktober führt die rechte Netanjahu-Regierung einen erbarmungslosen Krieg gegen die Menschen in den palästinensischen Gebieten - in der Westbank und im Gazastreifen mit über 40.000 Toten und über 90.000 verletzte Zivilisten

Die Linke hat mit ihrem Beschluss vom Parteitag in Augsburg "Stoppt den Krieg – Waffenstillstand sofort! Geiseln freilassen! Antisemitismus und Rassismus ächten!" zwar einen Waffenstillstand gefordert und sich gegen Waffenlieferungen ausgesprochen, versagt aber bislang bei der konsequenten Umsetzung des Beschlusses. Der Antrag hat keine Grundlage dafür gegeben, dass die Linke als Teil der Protestbewegung gegen den Krieg wahrgenommen wird.

Neuen Schätzungen zufolge kann die Zahl derjenigen, die Israel über die Blockade und Bombardierungen in Gaza getötet hat, auf 189.000 Menschen steigen (das sind fast 10% der Bevölkerung). Verteidigungsminister Joav Gallant rechtfertigte das Abdrehen von Strom, Wasser, Nahrung und Treibstoff damit, dass die israelische Armee gegen „menschliche Tiere“ in Gaza vorgehe und sie auch dementsprechend behandeln würde.

Der IStGH hat Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant wegen Ausrottung sowie Aushungern beantragt.

Mehrere namhafte Wissenschaftler*innen bewerten das Vorgehen Israels im Gazastreifen als Völkermord. So der Historiker und Holocaust-Forscher Amos Goldberg, der am Institut für jüdische Geschichte und zeitgenössisches Judentum an der Hebräischen Universität Jerusalem lehrt. Siehe: "Genau so sieht Völkermord aus" <https://www.jacobin.de/artikel/israel-voelkermord-genozid-palaestina>). Oder auch der israelische Historiker und Genozid-Forscher Raz Segal, der von einem „Völkermord wie aus dem Lehrbuch“ spricht.

Die Forderung nach der Beendigung jeglicher Diskriminierung gegenüber den Palästinenser*innen unter Besatzung und Krieg müssen ins Zentrum der Forderungen gestellt werden, dies ist umso dringlicher, als der Beschluss der Knesset vom 18. Juli 2024 eine Zwei-Staaten-Lösung ausschließt.

Antisemitismus-Vorwürde von Institutionen und Medien gegen die Solidaritätsbewegung mit den Palästinenser*innen zielen darauf ab, Menschen vom Protest abzuhalten, die sich kritisch gegenüber Israel äußern. Willkürlich werden Aktivist*innen, Akademiker*innen, Künstler*innen

u.a. angegriffen und diffamiert. Menschen verlieren ihre Arbeit, da sie öffentlich an den Pranger gestellt werden. Dabei berufen sich die, die pauschale Antisemitismusvorwürfe erheben, auf die Antisemitismusdefinition der IHRA. Um diesem Missbrauch entgegenzuwirken, haben namhafte internationale Forscher*innen und Intellektuelle die Jerusalemer Antisemitismus-Definition beschlossen. Während sich Sicherheitsbehörden und Regierungen auf die IHRA Definition beziehen, sollten Linke sich auf die Jerusalemer Erklärung beziehen, welche Kritik an Israel nicht pauschal als Antisemitismus versteht.

weitere Antragstellende

Thies Gleiss, Christine Buchholz, Hermann Nehls, Bundesvorstand DieLinke.SDS;
Kreisvorstand Wetterau, Christian Köhler Pinzón (Landessprecher KPF NRW), Christian Schröppel (KV Kassel-Stadt), Christina Kunkel (Vorstandsvorsitzende KV Würzburg Mainfranken), Claudia Haydt (KV Tübingen, Vizepräsidentin der Europäischen Linken),
Claudia Kocabalkan (BV Vorderpfalz), Dennis Sabisch (KV Wolfenbüttel, Delegierter Linksjugend ['solid]), Dirk Jakob (Geschäftsführer KV Siegen-Wittgenstein, Ersatzdelegierter BPT), Elida Danger (Kreisvorstand KV Kassel-Stadt), Eliseo Maugeri (KV Essen, Landessprecher Die Linke.queer NRW), Erik Legat (BV Berlin-Neukölln), Ewald Heimann (KV Ludwigshafen am Rhein), Fiona Carol Sampson (Landessprecherin Linksjugend ['solid] Bayern & Landessprecherin LAG Die Linke queer Bayern), Florian Fandrich (KV Saalekreis), Frederic Claus (SV Halle), Friederike Rüd (KV Ludwigshafen/Vorderpfalz), Gabi Engelhardt (Ersatzdelegierte SV Chemnitz), Gerrit Peters (Bezirksvorstand LINKE Treptow Köpenick), Hannes Dräger (KV Düsseldorf), Inge Höger (Delegierte AKL), Johanna Brauer (Delegierte Region Hannover), Jürgen Bachmann (KV Schwalm-Eder, Delegierter), Kathrin Flach-Gomez (Ersatzdelegierte Mittelfranken), Marius Kerber (Delegierter Marzahn-Hellersdorf), Martin Hollstein (KV Lüneburg), Mechthild Meyer (KV Ludwigshafen Vorderpfalz), Moritz Wittler (BV Berlin-Neukölln), Nils Böhlke (KV Düsseldorf, Delegierter), Özlem Demirel (KV Düsseldorf), Stefanie Haenisch (KV Frankfurt), Stefanie Mackies (SV Halle), Timon Dörnfeld (Ersatzdelegierter, FFM), Tjark Delfs (KV Leipzig), Vera Baryshnikov (Die Linke Magdeburg, Delegierte linksjugend ['solid]), Violetta Bock (KV Kassel, Ersatzdelegierte), Werner Ruf (KV Schwalm-Eder), Rozerin Demirkol (KV Wetterau), Gabi Faulhaber (KV Wetterau), Erdal Kanbur (KV Wetterau), Karlheinz Hofmann (KV Wetterau), Michel Königshof (KV Wetterau), Lukas Freiberger (KV Wetterau), Julian Eder (KV Wetterau), Jens Alexander Klietz (KV Wetterau), Sonja Burmester (KV Wetterau), Meike Jockers (KV Wetterau), Rainer Moosmann (KV Wetterau)